

Landes Eltern Vertretung • Saarland

Förderschulen

- Die Vorsitzende -

66583 Spiesen-Elversberg, den 08.03.2011

Grünewaldstr. 1

Telefon: 06821/73777

Petra.Moser-Meyer@t-online.de

FDP-Landtagsfraktion
Herrn Christian Schmitt, MdL
Franz-Josef-Röder Str. 7

66119 Saarbrücken

Gemeinschaftsschule im Saarland macht Bildungssystem gerechter
Hier: Ihr Schreiben vom 01.03.2011

Sehr geehrter Herr Schmitt,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihres Schreibens vom 01.03.11 zur Gemeinschaftsschule. In diesem Schreiben, das Sie mir als Vorsitzende der LEV der FÖS zusandten, loben Sie das vorgelegte Bildungskonzept und behaupten, dass das saarländische Bildungssystem damit gerechter wird.

Das kann die LEV der FÖS aber nicht nachvollziehen.

Sie geben an, dass darum gekämpft wurde, das „Gymnasium verfassungsrechtlich abzusichern“, und andererseits „die Förderschulen im Saarland zu erhalten“.

Dazu möchte ich anmerken, dass die Gymnasien nie irgendwie gefährdet waren und dass sich die LEV der FÖS bereits im vergangenen Jahr -die entsprechende Erklärung ging auch Ihrer Fraktion zu- für die grundsätzlich gemeinsame Beschulung von Kindern mit Förderbedarf bzw. Behinderungen in den wohnortnahen Regelschulen ausgesprochen hat. Diese inklusive Beschulung ist durch die UN-Behindertenrechtskonvention vorgegeben und umzusetzen. Dem Recht auf uneingeschränkte Teilhabe und Selbstbestimmungsmöglichkeiten von Kindern mit Behinderungen bzw. mit Förderbedarf muss auch im Bildungssystem Rechnung getragen werden und das ohne Finanzierungsvorbehalte. Aus diesem Grund finde ich Ihre Aussage, dass verstärkte Bildungsausgaben durch Ihre Partei verhindert wurden, sehr kritikwürdig und kein Grund sich als Bildungspolitiker auf die Schulter zu klopfen. Wie durch geringe Bildungsausgaben mehr Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden soll, ist äußerst fraglich.

Auch das Saarland hat sich verpflichtet, die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen und das Bildungsministerium hat erklärt, dass die Vorgaben einer inklusiven Bildung umgesetzt werden. Das von Ihnen und den anderen Koalitionsfraktionen im Koalitionsvertrag festgelegte „3 Säulen Modell“

fördert das inklusive Schulsystem nicht und wurde daher von der LEV FÖS, d.h. dem Gremium der Schulmitbestimmung der Eltern von betroffenen Kindern bereits im vergangenen Jahr abgelehnt. Warum daher Sie in diesem Schreiben und die Koalitionsfraktionen bei anderen Gelegenheiten (s. PM der Koalitionsfraktionen vom 25.02.2011) immer wieder den Erhalt von selektierenden Förderschulen als positives Ergebnis irgendwelcher Verhandlungen und geplanten Schulstrukturreformen hervorheben, kann ich als Vorsitzende und Mutter einer behinderten Tochter nicht nachvollziehen. Es stellt auch die Arbeit des Inklusionsbeauftragten des Bildungsministeriums in Frage und ich frage mich, ob mit der Einrichtung einer Lenkungsgruppe und eines Beirates womöglich nur bestimmte Gruppen beruhigt und beschäftigt gehalten werden sollen, damit die Landesregierung dann der Monitoringstelle beim Institut für Menschenrechte einen entsprechend schönen Rechenschaftsbericht vorlegen kann, ansonsten aber so weitermachen möchte wie bisher.

Zum vorgelegten Eckpunktepapier zur Gemeinschaftsschule haben viele verschiedene Interessenverbände, betroffene Berufsgruppen, Bildungsfachleute, der „informelle Arbeitskreis Bildung“, die GLEV, die Landeselterninitiative für Bildung und viele, viele andere, teils sehr umfangreiche Verbesserungsvorschläge gemacht. Ich kann leider nicht erkennen, dass diese in nennenswertem Umfang überhaupt Berücksichtigung gefunden haben. Und das obwohl wir in einer Demokratie leben und von uns gewählte Volksvertreter eigentlich auf die Stimmen der Wähler und Wählerinnen hören sollten. Und diese haben einheitlich erklärt, dass eine Gemeinschaftsschule in der Form, wie sie im Eckpunktepapier vorgestellt wurde, nicht sinnvoll und praktikabel, ja nicht gewollt ist. Hier haben Fachleute sehr detailliert Bedenken aufgelistet, an Verbesserungen gearbeitet und viel Freizeit investiert, um den Vorschlag des Bildungsministers zu einem von einer breiten Basis getragenen Konzept zu formen. Aber offensichtlich haben die regierenden Parteien eigentlich überhaupt kein Interesse daran, dass man sich an dem Willensbildungsprozess beteiligt und die vorgegebenen Mitbestimmungsmöglichkeiten sind nur pro forma. Das würdigt die Arbeit aller Beteiligten, besonders der ehrenamtlich Tätigen, herab.

Auch hat die LEV der FÖS dem ursprünglichen Konzept der Gemeinschaftsschule nicht zugestimmt, da es in keiner Weise die Inklusion berücksichtigte und das geänderte Eckpunktepapier (Stand 20.02.11) verpflichtet nun zwar die Gemeinschaftsschule zur Inklusion, zeigt aber in keiner Weise auf, wie diese darüber hinaus auch noch ohne zusätzliche personelle Ressourcen durchzuführen ist. Soll hier nur ein nicht ganz ernst gemeintes Etikett angeheftet werden um die kritische Öffentlichkeit zu beruhigen?

Eine Schulstrukturreform, wie sie jetzt im Saarland, sogar mit Verfassungsänderung vollzogen werden soll, ist nur dann sinnvoll, wenn Verbesserungen erfolgen und unsere Kinder und die im Bildungsbereich Tätigen (Lehrer, Sozialpädagogen, Erzieher u.v.m.) nicht wieder zu Versuchsobjekten werden, die Vereinbarungen eines Koalitionsvertrages umsetzen sollen, die einzig und allein von einigen Koalitionspolitikern am grünen Tisch entwickelt wurden ohne mit Eltern und pädagogischen Fachleuten in einen ernsthaften Diskussionsprozess eingetreten zu sein.

Aus diesen Gründen sieht die LEV der FÖS im Saarland keine Erfolge in den Ergebnissen der Verhandlungen, wie von Ihnen proklamiert und lehnt die

Gemeinschaftsschule, wie sie im geänderten Eckpunktepapier beschrieben ist, weiterhin ab.

Zwischenzeitlich ist ihrer Partei auch ein Papier des Netzwerkes „Inklusive Bildung“ zugegangen, das sich mit der Veränderung der Organisation der sonderpädagogischen Förderung in Schulen befasst (Auflösungsprozess der Förderschulen) und von der LEV der FÖS miterarbeitet wurde. Dieses füge ich Ihnen mit der entsprechenden Grundsatzklärung des Netzwerkes nochmals als Anlage bei.

Es wäre wünschenswert, wenn Sie die Forschungsergebnisse zu den Effekten von Förderschulen (insbesondere FÖS Lernen) sowie die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zur Kenntnis nähmen, verinnerlichen und dann auch ehrlich in Ihre bildungspolitischen Überlegungen einbeziehen würden.

Gerne bin ich auch bereit, die Positionen der Eltern von Kindern mit Förderbedarf in einem Gespräch, näher zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende